

GISELA FRICK

## Steuerpolitik aus der Sicht der Bundestagsparteien

Es besteht ein weitgehender Konsens politisch, daß unsere Steuern zu hoch sind, daß sie zu kompliziert sind und daß es zu viele sind. Aus dieser Konsens gibt es eigentlich eine ganz naheliegende Konsequenz, nämlich Steuern abschaffen. Wir erreichen mit einem einzigen Schlag alle Ziele bzw. wir erledigen alle Defizite: dann ist die Steuer weg; dann haben wir eine weniger; dann ist sie auch nicht hoch, wenn sie Null ist und sie kann auch nicht kompliziert sein. Für uns als FDP haben wir die Konsequenzen daraus gezogen, daß wir uns als Steuerreform- und Steuersenkungspartei zu profilieren versuchen und damit handeln wir uns natürlich auch eine Reihe von Vorwürfen ein, die mich unterschiedlich treffen, das sage ich mal ganz ehrlich.

Der erste ist der Vorwurf der Verengung. Der trifft mich sehr, weil er aus der eigenen Partei kommt. Und da muß ich auch sagen, da ist es zum Teil auch richtig. Steuern sind nicht alles. Auch wenn ich Steuer- und Verfassungsrechtlerin bin und das natürlich auch im Mittelpunkt meiner Überlegungen habe. Aber umgekehrt: ohne Steuern ist auch alles nichts. So'rum kann man es auf jeden Fall auch sagen. Und insofern ist natürlich die Steuerpolitik ein ganz wichtiges Politikfeld. Es darf aber nicht das einzige bleiben.

Der zweite Vorwurf, der dann auch sehr häufig erhoben wird, und da muß ich jetzt sagen, und da weiß Friedrich Merz, daß es nicht gegen Ihn geht, da bin ich also jetzt ein bißchen sauer auf den kleineren Koalitionspartner in Wildbadgreuth. Wir seien eine Klientelpartei, eine Partei der sozialen Kälte. Also daß das von der Partei des Finanzministers kommt, das muß ich sagen, das trifft mich schon hart. Und ich möchte also ein kleines bißchen hier auch darstellen, daß wir das natürlich ganz anders sehen und warum. Das ist also vielleicht zu diesem Gesichtspunkt zu sagen.

Wir möchten eine Steuerpolitik betreiben, und da wir ja hier doch weitgehend unter Fachleuten sind, werde ich das alles nur sehr grob skizzieren, die letztendlich für Investitionen und damit auch für Arbeitsplätze sorgt. Und wir sind nach wie vor dezidiert Meinung, daß eine ordentliche Arbeitsmarktpolitik in diesem Sinne, nämlich durch das Anreizen von Investitionen mit Abstand die beste Sozialpolitik ist. Davon sind wir überzeugt und dabei bleiben wir auch. Und insoweit treffen uns diese Vorwürfe alle nicht wirklich. Das ist also auch vielleicht zur Generaleinstimmung zu sagen. Im einzelnen, daß kam gestern schon in meinen allerersten Redebeitrag als Reaktion auf den Vortrag von Herrn Prof. Lang zum Ausdruck. Wir wollen also Steuern abschaffen zu dem Teil; wir wollen die verbleibenden Steuern vereinfachen; wir wollen auch eine

wirkliche Nettoentlastung; wir wollen sie auch senken. Und wir wollen das im Kernbereich dieses ganzen Unternehmens, nämlich in der sogenannten großen Steuerreform, die dann hoffentlich auch eine wirklich wird, die diesen Namen verdient, durch eine Absenkung der Tarife und zwar im gesamten Tarifbereich und eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Das ist die ganz grobe Skizzierung. Aus welchen Gründen wollen wir das?

Der erste Grund ist natürlich der: Wir sind die Partei der ökonomischen Vernunft. Da haben wir uns eine gewisse Kompetenz erworben. Und aus Standortgesichtspunkten – ich brauche Ihnen das glaube ich nicht alles 'runterzudeklinieren – wir sind in einem Wettbewerb der Steuersysteme. Wir werden, wenn der Euro kommt, diesen Wettbewerb noch transparenter haben. Wir werden ihm noch mehr ausgeliefert sein. Und in diesem Wettbewerb müssen wir entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, die eben unter anderem auch und ganz wesentlich auch von den steuerlichen Rahmenbedingungen mitbetroffen sind. Wir haben gestern mal gehört, die Steuerquote habe sich langfristig so gut wie gar nicht verändert. Das stimmt auch. Aber wir dürfen nicht unterschätzen, wie wichtig jeweils der Spitzensteuersatz ist, gerade für Entscheidungen ausländischer Investoren. Ich kriege das immer wieder auch von der Industrie zu hören, insbesondere von der, die international agiert. Machen Sie einem ausländischen potentiellen Investor mal klar, daß Sie bei einer Spitzensteuerbelastung im gewerblichen Bereich von 47% plus Solidaritätszuschlag, in der Körperschaftssteuer von 45%, daß Sie da in der Durchschnittsbelastung gar nicht so viel schlechter als die anderen Länder aussehen, weil ja die Bemessungsgrundlage – und da fangen Sie an, ihm das zu erklären; spätestens auf der 2. Seite sagt er: „Danke, ich kapiere das nicht, das ist mir zu kompliziert. In Britannien ist das 33%, da weiß ich wo ich dran bin. Tschüß.“ Das war's. Das heißt also, wir müssen schon allein aus diesem Grunde auch auf einen ganz niedrigen Steuersatz kommen. Wir schlagen als einen Spitzensteuersatz 35% in der Einkommensteuer vor. Zu der Körperschaftssteuer werde ich später noch etwas sagen. Das ist also der eine Gesichtspunkt.

Der zweite Gesichtspunkt, der dann in der öffentlichen Diskussion aber schon sehr viel eher unter die Räder kommt, der aber gestern gottseidank hier dann sehr im Mittelpunkt stand. Wir sind auch die Partei der persönlichen Freiheiten. Wir heißen ja auch so. Wir sind die Liberalen. Das heißt also, die Besteuerung ist ja immer wieder – das haben wir gestern gehört – ein Eingriff in die persönliche Freiheit. Und je höher die Besteuerung ist, bzw. natürlich auch die Abgabenbelastung, desto stärker ist dieser Eingriff in die persönliche Freiheit da. Wenn wir eine Staatsquote von über 50% haben, dann haben wir eigentlich gar keine freiheitliche Wirtschaft und ich frage mich, wo kommt oft dieser Vorwurf her: „Kapitalismus pur“. Wir haben ja zum Großteil schon eine Staatswirtschaft mit dieser Staatsquote. Da ist von Freiheit nicht mehr viel übrig. Wir wollen, daß eben hier wieder sehr viel mehr Eigenverantwortung an die Menschen zurückgegeben wird, indem man ihnen nicht das Geld so zwanghaft aus der Tasche zieht in Form von Steuern und Abgaben, sondern es ihnen soweit als möglich beläßt zur eigenen individuellen freien Entscheidung, was sie damit machen wollen. Also das Freiheitsproblem.

Das Dritte: Wir haben ein Gerechtigkeitsproblem. Das haben wir gestern auch gehört. Die Frage der Rechtfertigung der Steuern, das Gerechtigkeitsproblem. Paul Kirchhoff, der ja hier gottseidank unter uns sitzt, hat das auch immer wieder gesagt, nur einfache Steuern sind gerechte Steuern und insofern müssen wir unser Steuersystem vereinfachen, um hier eben auch durch eine entsprechende Transparenz und eine entsprechende Akzeptanz bei der Bevölkerung hier auch ein wesentlich gerechteres System hinzukriegen.

Der vierte Gesichtspunkt, der sich daran anschließt: Wir sind in Zeiten, wo wir sparen müßten. Ich glaube, das wird von keinem ernsthaft bestritten. Und es wird auch wohl von keinem ernsthaft bestritten, daß sich das in Zukunft fortsetzen wird, daß wir nicht irgendwelchen goldenen Zeiten entgegengehen, wo das wieder anders wird. In diesen Zeiten handeln wir uns sehr häufig den Vorwurf der sozialen Schieflage ein. Denken Sie an unsere Sparbeschlüsse, die sogenannten, die ja eigentlich Beschlüsse zur Investitions- und Arbeitsplatzförderung waren, aber immer dann unter dieses Kürzel „Sparbeschlüsse“ gekommen sind, da hieß es immer „soziale Schieflage“. Ja, wo soll denn der Staat sparen, frage ich Sie, wenn nicht da, wo er Leistungen an die Menschen austeilte. Natürlich ist da zunächst mal das Potential um zu sparen. Wo kann er bei den Reichen, bei den Wohlhabenderen sparen. „Nur“, ich kriege für meine Kinder kein BAFÖG, ich kriege kein Wohngeld und andere soziale Transfers, ich habe das alles nicht nötig. Wo kann man also in solchen Fällen was reinholen und die soziale Schieflage beseitigen? Indem man die ganzen Sondertatbestände in den Steuern durchforstet und hier die Möglichkeiten, durch entsprechende Steuergestaltung, entsprechende Steuerschlupflöcher, legal wohlgeerntet, durchaus hier der Steuerbelastung zu entgegen, indem man diese stopft, d.h. also auch wieder Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Und der fünfte Gesichtspunkt, das ist einer, der eigentlich überhaupt nicht so zum tragen kommt, der aber mir gerade als FDP-Mitglied ganz besonders am Herzen liegt und der auch in den Vorschlägen der Bares-Kommission eine gewisse Rolle gespielt hat, ganz am Ende. Wir haben ja auch ein total verrottetes Sozial-System, wir haben ja nicht nur ein total verrottetes Steuer-System. Unsere Vorstellung, das Sozial-System in Ordnung zu bringen, ist unter dem Stichwort Bürgergeld oder Negativ-Steuer zu bezeichnen, das heißt, eine Integration der beiden Systeme, nämlich Steuersystem als ein Sozialtransfersystem, soweit es steuerfinanziert ist. Und das bedeutet, und das haben wir jetzt gerade von der Transferkommission im Sommer bestätigt bekommen, wir müssen uns bemühen, die Bemessungsgrundlage möglichst weit aneinander anzugleichen, um hier in diesem Bereich auch entsprechend ein integriertes System hinzukriegen. Denn wenn die Bemessungsgrundlagen so weit auseinander sind, wie sie im Moment auseinander sind, dann ist es klar, daß es nicht funktioniert, also auch unter diesem Gesichtspunkt sollten wir uns darum bemühen, eben hier die Bemessungsgrundlage wirklich so weit als möglich zu bereinigen.

So, das sind die fünf Punkte, die Argumente, die aus unserer Sicht für eine Steuerreform sprechen und deshalb möchte ich im zweiten Teil zu der Überlegung kommen, wie stellen wir uns das denn vor. Und ich sag' jetzt mal, das ist natürlich FDP pur.

Daß das im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens Federn lassen wird, das ist ganz klar, da machen wir uns keine Illusionen, aber wir haben ja hier nun die Chance, gerade mal als einzelne Bundestagspartei unsere Vorstellungen jeweils pur vorzuschlagen.

Der erste Gesichtspunkt, und da sehe ich einen gewissen Kontrast zum Prof. Lang von gestern, er hat sehr deutlich herausgestellt, das muß eine Rechts-, eine Strukturreform sein, und nicht so sehr eine Tarifreform. Ich möchte das beides nicht so auseinanderdividieren, sondern ich möchte das mehr als Miteinander sehen. Natürlich brauchen wir eine Rechtsreform, eine Strukturreform, aber der Druck dazu, der kommt vom Tarif her. Und deshalb finde ich es durchaus legitim, daß wir auch mit dem Tarif anfangen. Wir stellen uns einen Stufentarif vor, das ist mittlerweile ja ganz modern, aber wir haben gestern ja auch einiges zur flaptax gehört, und auch Vorstellungen, daß sogar proportionale Tarife durchaus in Ordnung sein könnten, einen Stufentarif vor mit einem Eingangssteuersatz von, wenn es dann geht, sogar noch unter 15%, und zwar nur für den schmalen Bereich zwischen dem steuerfreien Existenzminimum und 20 000,00 DM zu versteuerndem Einkommen. Das ist also der ganz untere Bereich. Dann eine zweite Stufe zwischen 20 000,00 DM und 60 000,00 DM mit einem 25%igen Steuersatz und ab 60 000,00 DM dann im Prinzip ab da proportional eben den Spitzensteuersatz mit 35%. Das Ganze bei Verheirateten natürlich verdoppelt, aber, wie gesagt, wir sind ja unter Fachleuten, da ist das als selbstverständlich zu unterstellen. Die Durchschnittsbelastung ist dann durchaus auch eine Linie progressiv, es ist kein linearer Progressiv, aber es ist nicht etwa so, wie einige den Stufentarif mißverstanden haben, indem sie nämlich die Gedanken der Erbschaftssteuer darauf angewendet haben und gesagt haben, wenn man einen bestimmten Bereich überschreitet, dann muß das gesamte zu versteuernde Einkommen jetzt in dieser höheren Stufe mit dem höheren Steuersatz belegt werden, sondern das Einkommen bzw. die Besteuerung macht natürlich alle Stufen mit, wie wir das jetzt auch haben, d. h., das steuerfreie Existenzminimum ist null, das bleibt so, dann kommt dieser ganz schmale Bereich mit dem Eingangssteuersatz von 15%, dann dieser etwas breitere Mittelbereich mit 25% und dann erst bei der ersten Mark, die sozusagen über 60 000,00 DM hinausgeht, kommen dann erst das erste Mal die 35% und bleiben dann auch. Das hat sogar unser Bundespräsident mißverstanden, aber in der Zwischenzeit ist er offensichtlich aufgeklärt worden. Also das wäre trotz allem ein progressiver Tarif, allerdings nicht linear progressiv. Er hätte den Vorteil, daß auch für den Bürger transparenter wäre, verständlicher, als der Formeltarif, den wir jetzt haben. In der Sache werde ich mich allerdings wenig dafür verkämpfen, weil das für mich an sich nur eine Marginalie ist, ob wir eine Stufentarif haben. Das ist im Moment auch ein bißchen eine Marketingfrage. Da hören die Leute mehr zu, als wenn wir den ollen alten langweiligen linearprogressiven Tarif immer wieder verkauft. Von der Sache her halte ich die Unterschiede nicht für so wesentlich.

Das Entscheidendere ist natürlich dann die Frage, wie sieht es denn mit der Bemessungsgrundlage aus. Wir sagen immer so lustig Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Was verbirgt sich denn dahinter? Und da müssen wir sagen, tja, zunächst mal, alles das, was wir gestern auch schon gehört haben. Wir haben eine Errosion der Bemessungsgrundlage durch außersteuerliche Zielsetzungen, d. h. also alles das, was wir

gestern auch bei Herrn Lang gehört haben zur Frage der sog. Sozialzwecknormen, also der außerfiskalischen Normen. Das gehört aus der Steuer 'raus, so schwer das auch ist, so schwer das auch für Politiker insbesondere ist, die ja nun auch ihre Steuer-geschenke gerne machen möchten, besonders zu Wahlzeiten, und da ist immer eine Menge Gestaltungsspielraum drin in diesem Bereich. D.h. also, wir müßten dabei bleiben, die Kernaufgabe der Steuer ist die Einnahmeerzielung für den Staat. Das heißt, wir bleiben bei den Fiskalzwecknormen. Und wenn wir bei den direkten Steuern beim Prinzip der Leistungsfähigkeit bleiben wollen, und das wollen wir, dann müssen wir, dann müssen wir auch das subjektive und das objektive Nettoprinzip anerkennen als ein Ausdruck der Leistungsfähigkeit. Das heißt, subjektives Nettoprinzip: wir werden dabei bleiben, daß es ein steuerfreies Existenzminimum gibt. Frau Burmester, auch für Wohlhabende, denn die müssen auch leben können, irgendwo. Das ist nicht die Frage, was hinterher übrigbleibt, sondern wo der Staat zugreifen darf. Und er darf in diesem Bereich nicht zugreifen, weil die ersten teile des Einkommens erstmal der eigenen Existenzsicherung dienen und der der Familie, d.h., das gilt dann eben verdoppelt für Ehepaare und die Kinder Freibeträge oder wie auch immer gestaltet dann jetzt als Kindergeld ja zu einem großen Teil. Auch das muß bleiben, weil das ist das subjektive Nettoprinzip. Das sind existenzsichernde Maßnahmen, die wir auf gar keinen Fall besteuern dürfen. Das objektive Nettoprinzip betrifft die erwerbssichernden Maßnahmen, und im Bereich der erwerbssichernden Maßnahmen, also sprich Betriebsausgaben und Werbungskosten, da dürften wir sicher etwas härter zugreifen. Herr Offerhaus, wenn ich Sie da vorne sitzen sehe, erinnere ich mich immer noch mit Vergnügen an unsere Anhörung zum Jahressteuergesetz 1996, als Sie da doch in einer ganz heftigen Auseinandersetzung um die Frage des Verpflegungsmehraufwandes waren, d.h. also mit dem Herrn Wehner vom DGB, der uns dann genau vorgerechnet hat, was er alles an dem Tag schon mehr aufgewandt hatte, der Herr Wehner, als zu Hause im DGB-Haus in Düsseldorf. Der Kaffee war teurer in Bonn und die belegten Brötchen auch und ähnliches mehr. Es sind also eine Reihe von Aufwendungen da, die wir als sog. gemischte Aufwendungen bezeichnen, wo also durchaus Privatinteresse dabei ist und das sind z.B. auch sehr aufwendige Häuser, sehr aufwendige Ausstattungsgegenstände für Arbeitszimmer und ähnliches mehr. In dem Bereich könnte man ganz sicher ein bißchen härter zugreifen. Da ist also sicher auch Pauschalierung in vielen Gebieten angesagt, aber vom grundsätzlichen objektiven Nettoprinzip möchte ich, möchte unsere Partei, nicht abrücken. Das wird also auf jeden Fall bleiben. Das sind also mal die Vorstellungen zunächst mal sehr pauschal zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und wir haben ausgerechnet, das das etwa einen Steuerausfall zunächst mal brutto im Rahmen der Einkommenssteuer von um die 80 Milliarden ausmachen wird. Die Frage ist, wie finanzieren wir gegen. Und dann haben wir ja auch gestern schon gehört, wir sollten uns davor hüten, immer nur von der aufkommensneutralen Lösung auszugehen. Wir wollen auf jeden Fall auch eine Nettoentlastung für die Bürger dabei haben, denn sonst macht das Ganze keinen Sinn. Und es macht aus meiner Sicht auch keinen Sinn, wenn wir das 'runterrechnen auf Haushalte oder sogar noch Einzelpersonen, und sagen, das sind ja vielleicht im Schnitt

für den Einzelnen nur 80 Mark im Jahr, so kann man jede Reform kaputtrechnen. Dann lohnt es sich erst gar nicht anzufangen. So darf man meiner Meinung nach nicht an die Sache 'rangehen.

Das heißt also, wir müssen uns jetzt auf die Gegenfinanzierung konzentrieren, und da ist einmal natürlich die eben angesprochene Verbreiterung der Bemessungsgrundlage geboten. Da ist zweitens möglicherweise, und das schließt dann ja auch an an das, was wir heute Vormittag gehört haben, aus EG-Gründen schon, aber nicht nur, eine Anhebung der indirekten Steuern denkbar, die ich allerdings nur als ultima ratio sehen möchte. Ich möchte auf gar keinen Fall jetzt schon dahinschielen auch nur, weil dann der Druck hier bei der Erweiterung der Bemessungsgrundlage entsprechend konsequent zu sein, sofort wieder nachlassen würde, weil wir ja eine so bequeme Ausweichmöglichkeit in die indirekten Steuern haben. Bei uns in Deutschland ist das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern nicht so optimal, sag' ich 'mal etwas vorsichtig, wie in vielen anderen europäischen Ländern. Da wäre also auch aus diesem Gesichtspunkt der Balance heraus durchaus eine Anhebung angesagt. Und wenn man das dann vielleicht noch so hinkriegt, . . .